

Nr. XIX. GP-NR
2080
1995 -11- 15

/J

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Trattner
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Versagen in der österreichischen Budget- und Finanzpolitik

Das von Finanzminister Dr. Andreas Staribacher vorgelegte Budgetsanierungsprogramm, welches das Defizit für den Bundeshaushalt 1996 lt. Budgetprogramm der Bundesregierung auf 92,8 Mrd. öS reduzieren wollte, ist gescheitert. Für dieses Scheitern wie auch die Nichteinhaltung des veranschlagten Budgetdefizites 1995 iHv 102,3 Mrd. öS, welches schon jetzt nach der ersten Novelle zum BFG 1995 eine Überschreitung von 23 Mrd. öS vorsieht, trägt BMF Dr. Staribacher die Hauptverantwortung, da er einerseits einen dilettantischen Budgetvollzug zum Budget 1995 und andererseits dilettantische Verhandlungen zum Budget 1996 führte.

Bei den Verhandlungen zum Budget 1996 erweckten Äußerungen des Koalitionspartners Aufsehen, daß die Zeit der Tricks im Budget vorbei sei (Vizekanzler Dr. Schüssel, Kurier 19.9.1995) und mit der ÖVP kein David Copperfield Budget zu machen sei (APA 22.9.95), welches mit Rücklagenauflösungen, Verkauf von Forderungen oder zu hoch angesetzten Privatisierungserlösen zustandekomme (Profil Nr 39, S. 33). Wirtschaftsminister Dr. Ditz meinte dazu in Anspielung auf die Budgetpläne Dr. Staribachers, daß die Zeit der Realitätsverweigerung und der Beschwichtigung vorbei sei (APA 28.9.1995). Nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Koalitionspartner und sogar sozialistischen Funktionären wurde die Qualifikation Dr. Staribachers als Finanzminister bezweifelt. So erklärte etwa Wirtschaftsminister Dr. Ditz im Profil 39/95, daß Dr. Staribacher überhaupt kein Konzept hätte und sich nicht auskenne. Bei einem Pressegespräch warf Karas, Parteisekretär der ÖVP dem Finanzminister Unehrlichkeit und Unprofessionalität vor (APA 26.9.1995). Wirtschaftskammer Sekretär Stummvoll bezeichnete das Staribacher Paket als "crash-Programm", das keine Strukturreformen enthalte (APA 26.9.1995). Clubobmann der ÖVP, Dr. Andreas Khol bezeichnete Dr. Staribacher (neben Innenminister Caspar Einem) als Amateure und als Gefahr für dieses Land (APA 24.10.1995). Ex Vizebürgermeister Mayr war über die Äußerung Staribachers beunruhigt, daß man mit einmaligen Einnahmen das Budget in Ordnung bringen könne (APA 27.9.1995). Die Öffentlichkeit verunsicherte BMF Dr. Staribacher mit Behauptungen zum sogenannten Budgetloch, welches von 30 Mrd. öS bis 50 Mrd. öS (APA

5.9.1995) innerhalb kürzester Zeit reichte und ihm den Vorwurf aussetzte, daß ihm die nötige Übersicht fehle. Auch Äußerungen zu Einzelproblemen bringen die Kompetenz des Finanzministers ins Zwielficht, wenn er etwa zur dringlichen Anfrage Nr. 1338 J vom 22.6.1995 behauptete, daß der Kaufkraftabfluß nur 5 Mrd. öS betrage, während Wirtschaftsexperten den Kaufkraftabfluß 1995 zwischen 20 Mrd. öS und 35 Mrd. öS bewerten (Wirtschaftskammer, Erwin Pock, Prof. Dr. Friedrich Schneider).

Das Budgetdefizit 1995 wäre durch den rechtzeitigen Verkauf der CA Bundesanteile u.U zu halten gewesen, wenn nicht der Finanzminister Dr. Staribacher ein Bewertungsverfahren der CA, durch das amerikanische "Investmenthouse Morgan" eingeleitet hätte, welches die CA Anteile mit 19 Mrd. öS bewertete, während das Österreichisch- Italienisch- Deutsche Bieterkonsortium für die CA-Anteile nur 12 Mrd. öS bot. Eine bekannte amerikanische Wirtschaftszeitung (Wall Street Journal Europe, 21.9.1995) entlarvte das österreichische Privatisierungsgefecht, indem aufgezeigt wird, daß es insbesondere den sozialistisch dominierten CA-Funktionären nur recht sein müßte, bei einem so hohen Preis keinen Käufer zu finden, um die bisherigen (eher ÖVP-nahen) Interessenten abzuschrecken. Der gute Ruf einer Bank kann auch dadurch geschädigt werden, indem ihr Wert in breiter internationaler Öffentlichkeit zerredet und der Verkauf aus politischen Gründen hinausgezögert wird, weshalb Wallstreet Journal Europe die CA Privatisierung als ein negatives Beispiel, wie man eine Bank nicht privatisieren sollte, darstellt.

Ein weiteres Beispiel einer verantwortungslosen Finanz- und Budgetpolitik Staribachers ist der in den letzten Monaten betriebene Verkauf der HTM-Gruppe mit folgender Vorgeschichte:

"Im Jahre 1993, im Zuge der Diversifizierungsstrategie der Austria Tabak, wurde die HTM-Gruppe als geeignetes Diversifizierungsprojekt von der AT übernommen.

Diese Übernahme erfolgte erst nach einem langen Auswahlverfahren und unter Beizichung von Experten, die sowohl die Ertragslage als auch die Marktchancen der jeweiligen Übernahmekandidaten prüften.

Am 5. März 1993 entschied sich der Aufsichtsrat der AT (also einschließlich des Eigentümergevertreter des BMF) für die Übernahme der HTM-Gruppe. Obwohl der BMF und seine Vertreter im Aufsichtsrat der AT die Zustimmung zur Übernahme der HTM-Gruppe gab, und trotz der bekannten Tatsache, daß für das Diversifizierungsprojekt HTM beträchtliche Geldmittel aufgewendet werden müssen, entzog der seinerzeitige BMF Dkfm. Lacina der AT immense Geldmittel (rd. 1,5 Mrd. öS). Die zwischenzeitlichen Vorgänge um die HTM-Gruppe zeigen deutlich, daß der AT gerade jetzt diese Geldmittel fehlen, um entsprechende nachhaltige Sanierungsschritte setzen zu können.

Um den unbequemen Vorstand der AT loszuwerden, wird am 30. Juni 1995, auf ausdrücklichen Wunsch des BMF Dr. Staribacher, bei der "KPMG Austria Wirtschaftsprüfungs-GmbH"

(KPMG) ein Gutachten zur Bewertung der finanziellen Lage der HTM-Gruppe in Auftrag gegeben, das die finanzielle Lage des Sportartikelkonzerns wesentlich drastischer darstellt, als es den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht.

Eine kritische Würdigung der Ergebnisse des KPMG-Gutachtens, das am 31. Juli 1995 vorgelegt wurde, durch die zuständigen Organe wurde nicht abgewartet. Denn in der Zwischenzeit wurden schon alle Maßnahmen zur Ablösung des Vorstands der AT, wie auch für den Verkauf der HTM-Gruppe, in die Wege geleitet.

In weiterer Folge werden von BMF Dr. Staribacher zwei Interimsvorstände in der AT eingesetzt, die jedoch in ihrer Funktion als AT-Aufsichtsratsmitglieder alle Entscheidungen des Aufsichtsrates mitgetragen haben. Noch am 11. August 1995 stellten Kornfeld und Schram in der AR-Sitzung der AT auch einen Finanzbedarf von 1,5 Mrd. öS zur Weiterführung der HTM-Gruppe fest. Grundlage dafür ist ein Gutachten von "Czipin & Partner" bzw. "Warburg". Kaum als Vorstand der AT eingesetzt, wissen jedoch beide, daß für die Weiterführung der HTM-Gruppe weniger als die 1,5 Mrd. öS nötig sein werden und schließen noch am 24. August 1995 einen Verkauf der HTM-Gruppe aus. Nur wenige Wochen später ist jedoch (natürlich in Zusammenarbeit mit Warburg) ein Käufer für die HTM-Gruppe gefunden. Und am 22. September 1995 ist vermutlich deshalb von Kornfeld zu erfahren, daß mit den 1,5 Mrd. öS eine Sanierung der HTM-Gruppe nicht möglich sein werde. Dies, obwohl noch am 24. August 1995 Kornfeld und Schram auf Grund des 1,5 Mrd. öS Zuschuß für das Jahr 1996 noch eine Überliquidität erwarteten".

Der "schwedische Investor" (Johan Eliasch) und Käufer der HTM-Gruppe, angeblich finanziell sehr gut ausgestattet und ein Sanierungsmanager von Weltformat, hat größtes Interesse an der HTM-Gruppe und möchte diese auch sanieren. Lt. Firmenbuch ist Johan Eliasch an der Head-Holding AG (Übernahmevehikel für den Erwerb der HTM-Gruppe) nur mit 1.000 öS beteiligt. Den Hauptteil der 10 Mio. öS Einlage erbringt eine Bellevue International Ltd. Isle of Man. Interessanterweise ist jedoch die Firma Bellevue International Ltd. auf der Isle of Man unbekannt. Jedoch ist eine Firma Bellevue International Ltd. auf den Bahamas inkorporiert. Allein wegen dieser Tatsache muß die Seriosität des Käufer Eliasch in Zweifel gezogen werden. Trotzdem entschied sich der Eigentümer BMF Dr. Staribacher, die HTM-Gruppe an Johan Eliasch mit einer Milliardenraufgabe zu verschenken. (Welche Geldvernichtungsaktion in diesem Zusammenhang abgelaufen ist, bemerkte in der Zwischenzeit -wenn auch reichlich spät- Vizkanzler Dr. Schüssel. Jedoch wurden von ihm auch in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte gesetzt.)

Die o.a. Vorgangsweise zeigt deutlich auf, daß BMF Dr. Staribacher seiner Funktion als Eigentümervertreter nicht gewachsen war und sowohl durch sein als auch durch das Verhalten von BMF Dkfm. Lacina beim An- und "Verkauf" der HTM-Gruppe zumindest 3,4 Mrd. öS

verwirtschaftete, ein weiterer Teil der österreichischen Industrie unter ausländische Kontrolle gebracht und österreichische Arbeitsplätze akut gefährdet wurden.

Nach all diesen schlechten Erfahrungen, die diese Republik mit Dr. Staribacher machen mußte, ist es für die österreichische Bevölkerung eine Zumutung, wenn Bundeskanzler Dr. Vranitzky dafür eintritt, daß Dr. Andreas Staribacher bei einer allfälligen Regierungsverantwortung der SPÖ wieder Kandidat für den Finanzminister sei.

Aus all diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehende

Dringliche Anfrage:

1. Welcher Spielraum bleibt der Bundesregierung für wirtschaftspolitische Maßnahmen angesichts der Tatsache, daß in diesem Jahr bereits nahezu ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen des Bundes für den Zinsendienst verwendet werden müssen?
2. Um welchen Betrag wird das voraussichtliche Steueraufkommen des Jahres 1995 geringer sein als ursprünglich budgetiert?
3. Was sind die Hauptursachen der Mindereinnahmen?
4. Mit welchen Mindereinnahmen muß für das kommende Jahr gerechnet werden?
5. Werden durch die zu erwartenden Mindereinnahmen Lücken im sozialen Netz entstehen und wenn ja, wie sollen diese Lücken gestopft werden?
6. Wie hoch bewerten Sie nunmehr den Kaufkraftabfluß für das Jahr 1995 und wie hoch ist der diesbezügliche steuerliche Ausfall?
7. Wie stellen sie sich die Ausgliederung der Post vor und wie wird sich die damit zusammenhängende budgetäre Situation danach darstellen?
8. Sind sie nach wie vor der Ansicht (Industrie Nr. 33/34), daß mit dem Budgettrick der Ausgliederung die maximal 60 % Staatsschuldenquote als Konvergenzkriterium für eine europacinheitliche Währungsunion im Jahre 1998 erreichbar sein wird?

9. Wie stellen sie sich konkret die beabsichtigte Übernahme der ASFINAG-Schulden durch ein "privates" Bemaunungsunternehmen vor und welche budgetäre Entlastung wird hierdurch eintreten?
10. Mit welchem Betrag werden Sie Privatisierungserlöse für den Haushalt 1996 ansetzen und welche Vermögen des Bundes sollten im kommenden Jahr mit welchen Wertansätzen veräußert werden?
11. Welche Rücklagenaufösungen und Forderungsverkäufe hätten sie für das Budget 1996 vorgesehen gehabt, die defizitmindernd mit welcher Höhe gewirkt hätten?
12. Wie hoch wird aus Ihrer Sicht das Budgetdefizit für 1995 sein?
13. Warum werden Inanspruchnahmen aus Bundeshaftungen, Zinsen für ÖLAG-Kredite und Zinsen aus Wohnbauförderungsdarlehen nur im Ausgleichshaushalt gebucht (Budgethearing Prof. Dr. Genser vom 14.3.1995)?
14. Betrachten Sie es als angenehmen Nebeneffekt, bei einer allfälligen weiteren Regierungsverantwortung durch die Verzögerung der CA Veräußerung eine einmalige Einnahme für das kommende Budget zu lukrieren?
15. Aufgrund welcher Bestimmung des Bundeshaushaltsgesetzes (oder anderer einschlägiger Rechtsvorschriften) sind Einnahmen aus der Veräußerung von Bundesvermögen defizitwirksam, zumal solche Einnahmen nur einmalig sind und bei wirtschaftlicher Betrachtung ein nur bestandswirksamer Vorgang vorliegt?
16. Das Österreichisch-Italienisch und Deutsche Bieterkonsortium hat bereits eine Frist mit Frühling nächsten Jahres gesetzt, bei deren Verstreichen Sie als Interessent ausscheidet. Wie beurteilen Sie die Chancen, daß dieses Bieterkonsortium die CA übernimmt?
17. Mit welchem Preis, an wen und wann beabsichtigen Sie die CA-Anteile zu verkaufen?
18. War die Ablösung des alten AT-Vorstands ein politischer Preis, um die Sanierung der HTM-Gruppe zu erreichen?
- Wenn ja, warum wurde die HTM-Gruppe verkauft und nicht saniert?
 - Wenn nein, warum nicht?

19. Sind Sie der Ansicht, daß Sie (im Zusammenhang mit dem Debakel um die HTM-Gruppe), ihrer Verantwortung als Eigentümervertreter gerecht wurden?
- Wenn ja, wie begründen Sie das?
20. In welchem Ausmaß trifft Ihrer Ansicht nach Ex-BMF Dkfm. Lacina, ein Verschulden an der negativen Entwicklung der HTM-Gruppe?
21. Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Tatsache, daß Sie als Finanzminister der österreichischen Bundesregierung, den österreichischen Steuerzahler um mindestens 3,4 Mrd. öS schädigten und werden Sie diesbezüglich auch die politische Verantwortung übernehmen?
- Wenn nein, warum nicht?
22. Entspricht es Ihrem Verständnis von Sparpolitik der Ex-Geschäftsführung der AT arbeitslose Einkommen zu ermöglichen?
- Wenn ja, warum?
23. Wurden von Ihnen schon Maßnahmen zu schadenersatzrechtlichen Inanspruchnahme der Organe der AT bzw. HTM-Gruppe initiiert?
- Wenn ja, wann und welche Maßnahmen wurden diesbezüglich gesetzt?
 - Wenn nein, warum nicht?
24. Welche Funktion übernahm der Ex-BMF Dkfm. Lacina beim "Verkauf" der HTM-Gruppe an Eliasch?
25. Wurden von Ihnen die kreditierenden Banken der HTM-Gruppe, über den geplanten Verkauf der HTM-Gruppe informiert?
- Wenn ja, wann?
 - Wenn nein, warum nicht?
26. Was geschied, wenn die EU-Wettbewerbskommission den Milliardenzuschuß der AT an die HTM-Gruppe verhindert?
27. Wie ist es erklärlich, daß der Abschlußprüfer der AT, Dr. Staribacher, das Desaster der HTM-Gruppe nicht früher erkennen konnte?

28. Welche Maßnahmen wurden von Ihnen getroffen, um trotz der politisch motivierten Einsetzung eines Interimsvorstands im AT-Konzern, eine geordnete Übergabe der Geschäftsführung zu ermöglichen?
29. Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Tatsache, daß alle zuständigen Organe Beschlüsse zur Sanierung der HTM-Gruppe trafen und wenige Wochen später die HTM-Gruppe verkauft wurde?
30. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß die Firma Bellvue International Ltd. auf der "Isle of Man" unbekannt ist?
31. Teilen Sie die Ansicht von Vizekanzler Dr. Schüssel, daß die HTM-Gruppe verschenkt wurde, und Ihr Verhalten in diesem Zusammenhang "zum weinen" sei?
32. Welche Qualifikationen waren für die Berufung von Schram und Kornfeld in den Vorstand der AT von ausschlaggebender Bedeutung?
33. Wieviel Geld wurde von der AT für die Erstellung von Gutachten, Beratungsleistungen etc. im Zusammenhang mit dem An und "Verkauf" der HTM-Gruppe an welche Personen, Personengruppen bzw. Unternehmen aus welchem Titel bezahlt?
34. Wie können Sie es vertreten, daß die österreichische Post, die in den vergangenen Jahren für das Budget mithilfe des Fernmeldeinvestitionsgesetzes derart geschröpft wurde, nun bereits so überschuldet ist, daß sie – wäre sie ein selbständiges Unternehmen – Konkurs anmelden müßte?
35. Ist Ihnen bewußt, daß auch die ÖBB – laut Aussagen ihres Generaldirektors – aufgrund der Schuldenlast von 17 Mrd. öS, die entgegen den Bestimmungen des Bundesbahngesetzes aufgrund der Budgetprobleme nicht entschuldet wurden, nun Gefahr laufen, in der internationalen Konkurrenz mit schuldenfreien Konkurrenzbahnen unter die Räder zu kommen?
36. Ist Ihnen bekannt, daß der Aufsichtsrat der ÖBB der Eröffnungsbilanz nur unter einer Reihe von Prämissen zugestimmt hat, von denen zumindest teilweise bereits jetzt klar ist, daß sie nicht erfüllt werden können und daher auch die ÖBB-Reform – abgesehen davon, daß sie sofort zu noch höheren 'Finanzierungserfordernissen' als zuvor geführt hat – auf äußerst wackeligen Beinen steht?

37. Im Jahre 1991 wurde der Beschluß gefaßt, den Bundesanteil an der CA bestmöglich zu veräußern. Wie ist die Aussage des BMF, daß bei einem österreichischen Bieter auch ein Preisabschlag erfolgen könnte zu verstehen?
38. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Österreichs wichtigste Handelsbank nur wegen der verfehlten Privatisierungspolitik der österreichischen Bundesregierung international ins Gerede kam?
39. Welche Maßnahmen werden Sie bzw. die Bundesregierung treffen, um den schon entstandenen Schaden für das Ansehen der CA, der CA-Aktionäre und auch der Republik auszugleichen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage iSd § 93 Abs. 4 GOG-NR vor Eingang in die Tagesordnung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu behandeln.